

# Mehrheit will Bebauung

Ausschuss für 400 Wohnungen auf Areal „Spargelacker“ im Stadtteil Lerchenberg / Kritik an Thomas Gersters Verwendung des „Ghetto“-Begriffs

Beton anstatt Kartoffeln.  
Kartoffeln kommen von Polen oder werden aus Israel und Ägypten eingeflogen

Auf dem 3,4 Hektar großen Grundstück sind vier- bis siebengeschossige Gebäude geplant, was CDU und ÖDP ablehnen. Archivfoto: Görlach

Von Carina Schmidt

**MAINZ.** Rund 400 Wohneinheiten, davon 40 Prozent gefördert. Und das in unmittelbarer Nachbarschaft zum ZDF-Gelände mit direkter Anbindung an die Innenstadt via Mainzelbahn. Baudezernentin Marianne Grosse (SPD) schwärmte in der virtuellen Sitzung des Bauausschusses: „Wenn man vor dem Gebiet steht, stellt man fest: Es schreit nach einer Bebauung.“

Wie berichtet, möchte die Stadt auf einem 3,4 Hektar großen Grundstück mit dem Gewannnamen „Spargelacker“ auf dem Lerchenberg ein neues Quartier mit vier- bis siebengeschossigen Gebäuden entstehen lassen. Ursprünglich war die Fläche als Entwicklungsgelände für das ZDF vorgesehen. Doch dazu wird sie nicht gebraucht. Nun möchte es die Mainzer Wohnbau entwickeln.

Dem vom Stadtplanungsamt entwickelten Entwurf für einen

städtebaulichen Rahmenplan stimmte der Bauausschuss bei drei Gegenstimmen zu. Parallel zu diesem Entwurf solle nun möglichst früh die Bürgerschaft eingebunden werden, kündigte Baudezernentin Grosse an. Im weiteren Verfahren würden zudem ein städtebauliches Qualifizierungsverfahren eingeleitet und der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan LE 3 gefasst.

Trotz der Mehrheit für den Entwurf gab es Kritik. Die geplante Bebauung sei „zu hoch, zu eng und zu dicht“, sagte Thomas Gerster. Der CDU-Politiker forderte unter anderem eine aufgelockerte Bebauung mit mindestens 30 Prozent Eigentumswohnungen, einem geförderten Anteil an Mietwohnungen von maximal 10 Prozent und eine Kita im Quartier. „In direkter Nachbarschaft gibt es bereits ausreichend Sozialwohnungen“, meinte Gerster. „Wir wollen dort einer weiteren Ghettoisierung entgegenwirken.“

Ingrid Panhorst (ÖDP) stört sich an der geplanten Torsituation im Eingangsbereich und an der Gebäudehöhe: „Ab fünf Geschossen ist eine Kommunikation runter auf die Straße nicht mehr möglich.“

Als eine „absolut gelungene Geschichte“ lobte dagegen Christine Zimmer (SPD) das Projekt: Sozial geförderten Wohnraum gebe es bereits für Familien mit einem Jahreseinkommen von 82000 Euro. Viele Beschäftigte der Stadt Mainz würden in diesen Genuss kommen. „Da kann man doch nicht von Gettobildung sprechen.“ Auch Ortsvorsteherin Sissy Westrich (SPD) protestierte gegen den Begriff. Zwar gebe es teils eine erhöhte Arbeitslosigkeit und somit problematische Sozialstruktur in ihrem Stadtteil. „Eine Armutsspirale ist aber kein Ghetto.“ Einzig beim Wunsch, eine Kita einzuplanen, pflichtete sie Thomas Gerster bei, und Grosse versprach, die Anregung aufzugreifen.

Peter Strokowsky (FDP) erinnerte Gerster an die Exkursionen des Bauausschusses in andere Städte, bei denen sich die Mitglieder davon überzeugen konnten, wie ein gutes Miteinander trotz hoher Bebauung funktionieren könne.

Es werde ein generationengerechtes Viertel entstehen, zeigte sich Franziska Conrad (Grüne) überzeugt. Dazu werde unter anderem das Konzept der Wohnbau „Zuhause in Mainz“ beitragen. „Das ist für mich das Wohnen der Zukunft. Nicht die Reihenhäuschen, die viel zu viel Fläche kosten.“ David Nierhoff (Grüne) meinte ebenfalls, dass man so das Problem des bezahlbaren Wohnraums in Mainz so nicht lösen könne. Andreas Behringer (SPD) ergänzte, Reihenhäuser seien „in einer Großstadt weder leistbar noch ökologisch“, und für Martin Malcherek (Linke) stand fest: Wer Flächenverbrauch verhindern wolle, müsse einen Tod sterben. Also in die Höhe bauen.